



Greenpeace gibt Stellungnahme zum hessischen Waldgesetz ab

Greenpeace gibt Stellungnahme zum hessischen Waldgesetz ab
Deutliche Kritik am Regierungsentwurf
Greenpeace ist heute vor dem hessischen Landtag zur Novellierung des hessischen Landeswaldgesetzes gehört worden. Die unabhängige Umweltschutzorganisation kritisiert, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ihrer besonderen Verantwortung für Umwelt und Erholung im hessischen Staatswald nicht gerecht wird. Nach Ansicht von Greenpeace gefährdet die ökonomische Ausrichtung von Hessen-Forst die Ökologie der Wälder Hessens. Insbesondere bemängelt Greenpeace an dem vorgelegten Entwurf, dass sich die Waldziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie nicht wiederfinden. "Der Gesetzesentwurf ist eine verpasste Chance, Waldschutz und -nutzung zukunftsfähig und ökologisch auszurichten", kritisiert Martin Kaiser, Wald- und Klimaexperte von Greenpeace. "Die von Hessen-Forst rein auf Profit ausgerichtete Ausbeutung alter Buchenwälder sowie der beabsichtigte Stellenabbau müssen durch ein ökologisches und soziales Waldgesetz gestoppt werden", so Kaiser. Die komplette Stellungnahme finden Sie hier.
Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht vor, dass zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Die weiteren 90 Prozent sollen ökologisch und naturnah bewirtschaftet werden. Alte Buchenwälder schützen und wirklich naturnah bewirtschaften
Hessen liegt im Zentrum des deutschen Buchenwälder-Areals und hat daher eine besondere Bedeutung für den Aufbau großer Schutzgebiete. Die öffentlichen Wälder sollen in erster Linie der Umwelt und der Erholung der Bürger dienen. Bereits 1990 äußerte sich das Bundesverfassungsgericht dementsprechend in einem Urteil (BVerfG, Urt. v. 31.05.1990, NVwZ 1991, 53). Der landeseigene Betrieb Hessen-Forst dagegen vernachlässigt den Schutz der Wälder. Zudem stellte Greenpeace mit Kartierungen von verschiedenen Waldbeständen auch grobe Fehler bei der Bewirtschaftung der Wälder fest. "Der Umbau von naturfernen Nadelforsten hin zu naturnahen, heimischen Waldgesellschaften, der für die Anpassung an veränderte Klimabedingungen dringend notwendig ist, wird von Hessen-Forst schlichtweg ignoriert und muss daher gesetzlich vorgeschrieben werden", sagt Kaiser.
Die unabhängige Umweltschutzorganisation appelliert daher an die Landesregierung und den Landtag, den Gesetzesentwurf grundlegend zu überarbeiten.
Greenpeace e.V.
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Deutschland
Telefon: 040/30618 -340
Telefax: 040/30618-160
Mail: presse@greenpeace.de
URL: <http://www.greenpeace.de>

Pressekontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Seit 1971 setzt sich Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen ein. Gewaltfreiheit ist dabei das oberste Prinzip. Die Organisation ist unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen. Greenpeace arbeitet international, denn Naturzerstörung kennt keine Grenzen. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.